



An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Herrn Pit Clausen

Änderungsantrag zu TOP 4.2 der Sitzung des Rates am 04. April 2019

„Geplante Kürzung des Bundes bei der Flüchtlingshilfe“

Sehr geehrter Herr Clausen,

zur Ratssitzung am 04. April 2019 bitten wir Sie, folgenden Änderungsantrag unter TOP 4.2 der Tagesordnung aufzunehmen:

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert den Bund auf, weiterhin seiner Finanzierungsverantwortung für die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nachzukommen und die Kostenbeteiligung in der bisherigen Höhe beizubehalten. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich dafür in den Gremien des Städtetags einzusetzen.
2. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf, die Flüchtlingsaufnahmegesetz-Pauschalen auf der Basis des mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbarten und seit sechs Monaten vorliegenden Gutachtens zu den Ist-Kosten rückwirkend zu erhöhen. Die Kostenbeteiligung des Landes muss sich dabei künftig auch auf die geduldeten geflüchteten Menschen erstrecken. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich dafür in den Gremien des Städtetags einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Georg Fortmeier
SPD-Fraktion

Jens Julkowski-Keppler
Bündnis90/ Die Grünen

Michael Gugat
Ratsgruppe BN/ Piraten

Bielefeld, 03.04.2019